

Antwort an den Bürgermeister auf die Rede zum Thema „Soziale Stadt und Feuerwehr“

„Neuer Wein in alten Schläuchen“¹

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

lieber Herr Schultz, wir haben viele Hoffnungen in Ihre Wahl als neuer Bürgermeister gesetzt.

Jetzt kommt mir bei Ihrer Rede das Gleichnis von neuem Wein in alten Schläuchen in den Sinn.

Das Gleichnis vom neuen Wein in alten Schläuchen hat seinen Ursprung in der antiken Beobachtung, dass sich neuer, junger, frischer, Wein in porösen alten Schläuchen verliert.

Wer „Neues“ verkündet, der sollte sich auch um die passenden „Schläuche“ kümmern.

Vor der Bürgermeisterwahl war die Argumentation der Verwaltung genauso ausführlich und deutlich wie heute gegen die Soziale Stadt. Da standen wir seit Jahren auf dem alten Schlauch.

Ihre Position zur Sozialen Stadt war vor der Wahl: Wir machen das, eine prima Chance, das bekommt man doch wohl hin. Das war das Neue, welches unsere Hoffnung weckte.

Sie übernehmen leider nach der Wahl die alte Position. Sie stellen sich selber auf den alten Schlauch.

Ihre moderne Variante des antiken Vorbildes kommt sogar mit unverdaulicher Würze, mit vernichtender Schärfe daher.

Ihre Sitzungsvorlage 218/2016 verlangt von der Ratsmehrheit zu beschließen, dass „die Umsetzung des Projektes nicht verantwortet werden“ kann.

Sie bewirken damit eine grobe Verunglimpfung der inhaltlichen Position nicht nur der BmU, welche ja „eigentlich“ Angabe gemäß auch die Ihre ist - oder zumindest war.

Verantwortung kann man nur tragen nicht „beschließen“.

Verantwortung tragen heißt für die gesamte Stadt:

mit Vorrang die Unterbringung der Feuerwehr realisieren,

allen Kindern in Erkrath ein zumutbares Umfeld schaffen und trotzdem die

haushaltswirtschaftliche Zukunft Erkraths nicht gefährden.

¹ Mt 9,14–17 , Lk 5,33–39 Mk 2,21–22 EU

Die Soziale Stadt stützt die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes:

Der „Nothaushalt“ droht nicht, wie in einigen Stellungnahmen geäußert, die Haushaltssicherung droht aus anderen Gründen, die Haushaltssperre in diesem Jahr war deutliches Signal. Ohne das Finanzierungsprogramm Soziale Stadt ist bereits eine Steuererhöhung vom BM im Haushaltsplanentwurf 2017 vorgesehen. Bei Gesamtkosten in Höhe von 24 Mio. €, für das Programm Soziale Stadt verteilt über 10 Jahre, beträgt der Eigenanteil der Stadt 13 Mio. €.

Der überwiegende Anteil davon kommt ohnehin auf uns zu, denn es sind Projekte, die zur Daseinsgrundversorgung gehören.

Schon aus Gründen der Kosteneinsparung kann die Grundschule Sandheide nur neu gebaut werden. Das schlägt mit 6,5 Mio. € zu Buche. Die fehlenden Kindertagesplätze kosten 1,5 Mio. € und müssen auf jeden Fall erstellt werden.

Es bleiben also nur 5 Mio. € zusätzlich an Eigenaufkommen für das komplette Paket. Das sind pro Jahr 500.000 € oder knapp 0,5 % des Haushaltes.

Dafür bekommen wir

im Handlungsfeld Wohnen/Wohnumfeld 10 Projekte finanziert, auch diese müssten wir sonst aus eigenen Tasche zahlen (Erneuerung der Spiel- und Bolzplätze, die Verbesserung des Stadtweihers, Fußwege, Wegweiser usw) oder eben unterlassen. Das Programm bietet auch privaten Eigentümern, z.B. am Sandheider Markt die Gelegenheit Landeszuschüsse zur Sanierung ihrer Fassade zu bekommen. Die Gesamtkosten für das Management werden mit 80.000 € für 10 Jahre angegeben. Selbst davon werden 25 % vom Land gefördert.

Im Handlungsfeld Soziales bekommen wir neben der neuen Grundschule und den notwendigen Kita Plätzen Turnhallen (an denen auch der Vereinssport hängt!) die Option auf ein Kleinspielfeld, die Belebung des Sandheider Marktes und das Forum Sandheide. Es ist absolut vorbildlich, wie hier die Möglichkeit der Förderung durch die katholische Kirche mit 1 Million engagiert wird. So bekommen wir 90 % von Land und Träger gefördert. Angebote des SKFM (z.B. Rundum), Erkrather Tafel, Werkstatt und TSV können hier gebündelt dazu beitragen, die soziale Fürsorge für Kinder und Familien zukunftsfest zu machen. Für die gesamte Stadt, nicht exklusiv für die Sandheide/Schildsheide/Zentrum. Jährliche Zuschüsse zu den sozialen Maßnahmen (Rundum, Schuldnerberatung, Schulmüdenprojekt usw.) können im Rahmen des Projektes generiert werden und mindern die aktuelle Belastung des Haushaltes. Das Projekt ist Voraussetzung, um z.B. an der Schmiedestraße die ehemalige Schule leerzuziehen.

Allein die Heizungskosten werden nach dem Neubau der Grundschule Sandheide nur noch 36.000 € gegenüber den Kosten von 110.000 € heute betragen. Dieser Posten macht eine Ersparnis von 0.7 Mio. in 10 Jahren aus. Damit alleine ist mehr als ein Jahr „Soziale Stadt+“ gegenfinanziert.

Seit 2008 hat sich das Eigenkapital um 25% reduziert. Dieser Investitionsstau wird durch die Feuerwehrprojekte, auch durch die Soziale Stadt, deutlich kürzer. Die Genehmigungsfähigkeit steigt dadurch sogar. Durch externe Förderung können wir an Eigenkapital kommen, denn uns fehlen die Möglichkeiten, es ohne staatliche Förderung selbst zu erwirtschaften.

Ein anderes Kapitel ist allerdings die Liquidität. Dort ist eine große Baustelle.

Die soziale Stadt muss der Startschuss sein, Wann wollen wir denn endlich damit beginnen, unsere in Hochdahl gleichzeitig in die Jahre kommende städtebauliche Infrastruktur anzupacken. ? Das geht nur schrittweise und das Programm Soziale Stadt ist der erste Abschnitt des Stadtentwicklungskonzeptes.

Herr Bürgermeister, Sie haben an keinem bisherigen Behördentermin mit dem Fördermittelgeber teilgenommen. Setzen Sie sich mit Ihrem Amt für höhere Fördersätze ein, argumentieren Sie damit, dass wir auch ohne Soziale Stadt nur einen Hauch vor der Haushaltssicherung stehen.

Wir wissen nicht, was wir sowieso für all diese Dinge in den nächsten 10 Jahren sowieso ausgegeben hätten. Wir wissen nur, dass das mit 500.000 €/a vorteilhaft bezahlt ist.

Verwaltungsbelastung

„Neuer Wein“ ?

Mit einem modernen, klugen ÖPP Management sind die Großobjekte (auch die der Feuerwehr) nahezu „schlüsselfertig“ zu erstellen. Bei Planung und Ausschreibung können sie externen Sachverstand zum Beispiel bei der Leistungsbeschreibung einkaufen, bei den Vertragsgestaltungen steht Ihnen auch externer juristischer Sachverstand zur Verfügung, bei ÖPP Projekten gibt es beim Ministerium eine Beratungsstelle usw..

Das Immobilienmanagement hat lt. Gutachten genug Personal.

Wir haben das Konjunkturpaket II mit ca. 3,2 Mio. € innerhalb von zwei Jahren im Immobilienmanagement schaffen müssen. Ging doch, wenn auch mit Mühe unter noch schwierigeren Umständen als heute.

Wir haben stetig steigenden Aufwand – nicht nur bei den Immobilien, auch bei den Wegen, Spielplätzen usw. durch steigendes Alter. Das Programm minimiert durch Sanierung das sogenannte „Grundrauschen“, wie es die Verwaltung im täglichen Kleinkram der Reparaturen und Sanierungen beschreibt.

Erwartet haben wir von Ihnen Evaluation, Effizienzsteigerung, Verschlinkung der Abläufe, Vermeidung von Redundanz, Zentralisierung von Doppelstrukturen in der Verwaltung. Nicht erst seit heute ist doch ein schrilles Alarmzeichen, dass die Anzahl der Krankheitstage im Ingenieurbereich doppelt so hoch ist, wie bei den restlichen Mitarbeitern der Stadt und diese ist nicht. Schauen Sie sich mal die Anzahl der Prozesse an, welche die Stadt als Arbeitgeber mit seinen Bediensteten führte. Wo ist ein Konzept zur Personalbindung, zur Personalrekrutierung?

oder „Alter Schlauch?“:

Stattdessen lesen wir in Vorlage 193/2015 auf Seite 10 eine Zustandsbeschreibung der Personalsituation, einen „Offenbarungseid“ des Verwaltungschefs: Bloß nicht mehr Personal einstellen: Die kosten nur Zeit bei der Einarbeitung und die Neuen gehen dann sowieso wieder weg.

In dem Sie dies unterschrieben haben, haben Sie zu verstehen gegeben, dass Sie das Personalproblem nicht lösen können und das Projekt soziale Stadt nicht wollten, trotz zahlreicher gegenteiliger Beteuerungen. Schaffen **Sie in der Verwaltung eine positive Einstellung für dieses Projekt. Werben Sie die Fördermittel ein, die sonst möglicherweise der Stadt verloren gehen.**

Diese Verwaltung kann mehr leisten, sie ist angemessen personell aufgestellt, wie auch die Gemeindeprüfungsanstalt festgestellt hat.

Fazit

Die Flexibilität des Programmes, wie es auf Seite 123 des IHK beschrieben ist, hält unser Risiko zudem gering. Der Fördergeber weiß durch dem Ratsbeschluss, dass die Feuerwehr Vorrang hat.

Das Programm ist personell ambitioniert aber leistbar und besonders für die Kinder und Familien im Fördergebiet kein Luxus sondern notwendig.

Die BmU-Fraktion bestätigt aus ihrer Verantwortung heraus den Beschluss:

- a) Die Feuerwehrprojekte sind mit Vorrang zu erstellen,
- b) das Integrierte Handlungskonzept Soziale Stadt wird beim Land beantragt.

Bernhard Osterwind

21.12.2016